

Beamtentum abschaffen

Das Beamtentum ist ein Relikt vergangener Zeiten. Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. gilt als Vater des Berufsbeamtentums. In der Weimarer Republik und auch im Nationalsozialismus war das Beamtentum ein wichtiger Pfeiler verbrecherische, undemokratische Maßnahmen zu rechtfertigen, schließlich sei man dem Staat verpflichtet. Mit der Föderalismusreform 2006 wurde die Zuständigkeit für Beamte in die Hände der einzelnen Bundesländer gegeben. Dienstherr ist seitdem das jeweilige Bundesland und nicht mehr der Staat, doch besser macht es die Sache nicht.

Beamte sind zur Neutralität und ihrem Dienstherrn verpflichtet. Sie dürfen nicht demonstrieren und nach mancher Auslegung deckt sich auch parteiliches Engagement nicht mit dem Neutralitätsgebot. Weiterhin entscheidet das Land als Dienstherr über den Arbeitsplatz der einzelnen Beamten. Sich an einem anderen Dienstort zu bewerben, geht nur mit einem Versetzungsantrag, dem der Dienstherr zustimmen muss.

Des Weiteren fördert das Beamtentum eine zwei Klassengesellschaft. Beamte müssen sich privat versichern, da der Arbeitgeberanteil ansonsten von ihnen gedeckt werden muss. Dies widerspricht unserer Forderung einer Bürgerversicherung. Bei einem Wechsel des Dienstherrn, also dem Austritt aus dem Beamtentum, verlieren die vorherigen Beamten viele Rentenansprüche. Bei einem Länderwechsel müssen die Pensionsansprüche abgekauft oder ein Tauschpartner gefunden werden. Kurzum: Beamte werden als Leibeigene des Landes betrachtet.

Das Beamtentum beinhaltet gleichzeitig aber auch die besondere Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seiner Beamten. Diese Fürsorgepflicht beinhaltet beispielsweise, dass eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis nur in sehr wenigen Ausnahmefällen möglich ist. Insbesondere im Bildungsbereich ist dies problematisch. Verbeamtete Lehrkräfte bleiben in der Regel ihr Leben lang verbeamtet, sei ihr Unterricht noch so schlecht oder ihre Äußerungen noch so kritisch. Insbesondere in der Corona-Pandemie ist das Thema Entlassung von Lehrkräften wieder diskutiert worden, da einige Lehrkräfte sich als Corona-Leugner entpuppten. Diese Lehrkräfte werden dann allenfalls an einen anderen Dienstort versetzt und bekommen einen Eintrag in Ihre Dienstakte, weitere Konsequenzen haben sie nicht zu befürchten.

Aus den oben genannten Gründen, die in beide Richtungen einschränkend wirken, fordern wir die Abschaffung von Beamtentum. Hiervon ausgenommen sollen Beamte der Blaulichtfamilie, also Polizei und Feuerwehr sein, da diese weiterhin einen besonderen staatlichen Schutz benötigen.